

Diese kluge Aussage wird dem chinesischen Militärstrategen Sun Tzu aus dem 6. Jahrhundert v. Chr. zugeschrieben. Sie besagt in einfachen Worten: Führe nur die Kriege, die du auch gewinnen kannst. Obschon manche Weisheiten Tausende Jahre alt, theoretisch plausibel und empirisch bewiesen sind, gibt es doch immer wieder „Experten“ in Politik, Medien und Think Tanks, die auf dem Rücken ihrer Völker das Gegenteil beweisen wollen – sei es durch schlichte Fehleinschätzungen der Lagebilder und der eigenen und gegnerischen Fähigkeiten, sei es durch eine ideologisch determinierte Hybris oder sei es durch „*es kann nicht sein, was nicht sein darf*“. Von **Alexander Neu**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260428-Wer-weiss-wann-er-kaempfen-kann-wann-nicht-wird-siegen-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Während sich die öffentliche Aufmerksamkeit in Europa auf den Krieg der USA/Israels gegen den Iran fokussiert, eskaliert die Lage zwischen EU-Europa und der Russischen Föderation, ohne dass die Mainstreammedien diese Eskalation hinreichend beleuchten.

Seit einigen Jahren wird der EU-europäischen und deutschen Öffentlichkeit erklärt, es sei nicht mehr so sehr ein „ob“, sondern vielmehr ein „wann“ die Russen den ukrainischen Kriegsschauplatz auf andere europäische Länder erweitern würden. Irgendwann zwischen 2027 und 2030 stünde der Russe am Brandenburger Tor, wenn jetzt nicht gehandelt werde. Als Handlungsnotwendigkeit sind die massiven Aufrüstungsmaßnahmen sowohl mit Blick auf die militärischen Fähigkeiten (siehe auch die jüngst veröffentlichte [„erste Militärstrategie der Bundeswehr“](#) und [„Gesamtkonzeption militärische Verteidigung“](#)) als auch mit Blick auf die Militarisierung der Köpfe der Menschen gemeint. Denn die Menschen in Deutschland und auch in anderen EU-Ländern müssen ja verstehen, warum ihre Steuergelder nicht mehr in die Funktionstüchtigkeit moderner Staatlichkeit (Sozialstaat), sondern in die Militarisierung (Kriegstüchtigkeit) umgelenkt werden. Sie müssen ihre eigene Verarmung mindestens passiv akzeptieren, was sie wohl auch brav tun werden – zumindest in Deutschland.

Weltneuordnungskrieg und transatlantische Welt

Dass sich die Welt in einem Weltneuordnungskrieg befindet, dürfte nicht mehr nur dem aufmerksamen Beobachter internationaler Politik deutlich werden. Es ist offensichtlich. Wer

es sehen will, kann es sehen, spätestens an der Zapfsäule mit steigenden Spritpreisen. Die unipolare Weltordnung, die „Pax Americana“ ist vorbei. Die USA kämpfen unter Trump noch um die Verteidigung möglichst großer Einflussgebiete auf dem Globus. Dieser Kampf findet jedoch nicht mehr als politischer Westen statt, sondern zunehmend als ein Krieg (Wirtschafts- und Handelskrieg, Cyberwar, kinetischer Krieg etc.) der USA gegen die führenden Akteure (China, Russland und Iran) des politischen Nichtwestens (siehe [„National Security Strategy 2025“](#)). Mit der Weigerung der europäischen NATO-Staaten, Trump in seinem Angriffskrieg gegen den Iran militärisch beizustehen, hat sich seine ohnehin negative Einschätzung zum Wert der NATO nur verfestigt. Denn die NATO hatte für Trump bereits vor dem Krieg gegen den Iran kaum einen Mehrwert. Hinzu kommt: Weder Trump noch seine Amtsvorgänger der letzten 30 Jahre haben die NATO nur als ein reines Verteidigungsbündnis betrachtet, sondern auch und vielleicht primär als ein den USA zur Verfügung stehendes Militärbündnis, um die US-amerikanische Machtprojektion auf dem Globus abzusichern. Und die europäischen NATO-Mitgliedsstaaten haben dies so auch mitgetragen - Hauptsache, die USA bleiben in Europa gegen die Russen engagiert. Dieses eindimensionale Sicherheitsverständnis gilt bis heute, da europäische Staatschefs, wie jüngst Kanzler Merz, kundtun, ohne US-amerikanischen Schutz gehe es nicht. Dies erklärt auch das Chaos in der eigenen Orientierung zwischen transatlantischer Unterwürfigkeit der Europäer bis hin zu Distanzierungen von Trumps Äußerungen und Handlungen sowie dem Ziel nach strategischer Autonomie. Es ist ein echtes, indes selbstverschuldetes Dilemma:

German Chancellor Friedrich Merz says Europe still cannot defend itself alone, admitting continued reliance on the United States and noting only a few leaders have trusted access to President Donald Trump. “I have access to him... things improve when doors are closed. But it’s still not good.” “I didn’t choose him, but he is the president of the United States.” A direct reminder of Europe’s security dependence and the diplomacy unfolding behind closed doors.

(Quelle: [Defense Intelligence auf X](#))

Doch, es hätte auch ohne die USA gehen können. Europa hätte eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur aufbauen können, so wie es in der Charta von Paris 1990 auch vereinbart wurde: gemeinsame statt geteilter Sicherheit. Eine wirkliche Zeitenwende für Europa statt nur eine simulierte unter Regie der US-geführten NATO. Dass diese gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur nur ein Lippenbekenntnis blieb, ist ein historisches Versagen mit nun eklatanten Folgen für Europa und die Welt. Das Zeitfenster für den Aufbau eines echten gemeinsamen europäischen Hauses von Lissabon bis Wladiwostok in den späten 1990er- bis Mitte der 2000er-Jahre wurde schrittweise mit der

NATO-Osterweiterung geschlossen.

Je eher die EU-europäischen Entscheidungseliten kapieren, dass die transatlantische Agenda angesichts der Politik Trumps nicht mehr die prioritäre Orientierungs- und Handlungsblaupause sein kann, sondern Europa auf eigenen Beinen stehen muss, desto besser. Dies wird tatsächlich - dank Trumps Aggressivität und Unberechenbarkeit in alle Richtungen - auch zunehmend so gesehen. Nur, diese EU-europäische Selbstständigkeit wird nicht kooperativ und konstruktiv mit dem größten europäischen Staat aufgebaut. Das Narrativ des ausschließlich expansionistischen Russlands, das für immer unser Feind bleiben wird (Außenminister Wadepfuhl), bestimmt nicht nur die Wahrnehmungsmuster unser Politikentscheider, sondern dementsprechend auch ihre Entscheidungen. Überhaupt der Gedanke einer Annäherung oder zumindest einer kooperativen Problemlösung mit Russland ist für die politische Klassen in den meisten EU-europäischen Staaten schlichtweg abwegig, ohne jedoch nachhaltige Alternativen zwecks Stabilisierung des europäischen Kontinents anbieten zu können. Stattdessen bestimmen beidseitige Aufrüstung, gegenseitige Anschuldigungen und Drohungen das Interaktionsbild zwischen EU-Europa und Moskau. An der Ukraine wird nicht deshalb so festgehalten, weil es um die sogenannten europäischen Werte geht, sondern, weil man die Ukraine als *Block gegen* statt als *Brücke zu* Russland betrachtet - und Russland sieht es umgekehrt ähnlich.

Von Vancouver bis Wladiwostok zu von Lissabon bis Kiew

In der politischen sowie politikwissenschaftlichen Debatte gab es diverse Leitbilder einer europäischen Sicherheitsarchitektur: Das umfassendste Leitbild war die Formulierung eines gemeinsamen Sicherheitsraumes von „Vancouver [Kanada] bis Wladiwostok“, welches nahezu die gesamte nördliche Hemisphäre umfasst. Dieses Leitbild entspricht weitgehend der Charta von Paris. Dessen Umsetzung hätte den Europäern den Jugoslawien- sowie den Ukraine-Krieg erspart.

Ein anderes Leitbild umfasste den Raum von Lissabon bis Wladiwostok. Dieses Leitbild steht für einen gesamteuropäischen/eurasischen Sicherheitsraum ohne den dominanten Einfluss der USA. Dementsprechend haben die USA kein Interesse an einem echten Zusammenwachsen des europäischen/eurasischen Doppelkontinentes, da es ihrem Status als den Globus dominierende Supermacht abträglich wäre.

Die USA favorisierten vielmehr das für sie vorteilhafte Leitbild von Vancouver bis Kiew (Ukraine) - also unter Ausschluss Moskaus. Dieses Leitbild verkörpert die NATO und ihre Osterweiterungspolitik. Die fortgesetzte NATO-Osterweiterung auch unter Einschluss postsowjetischer Staaten - minus Russland - wie der Ukraine war das nahezu drei

Jahrzehnte dominante Leitbild, bei dem sich Washington und seine europäischen Verbündeten weitgehend einig waren - es galt als alternativlos. Und die Umsetzung dieses Leitbildes, der Schaffung geteilter Sicherheit (NATO hier, Russland dort) ist der eigentliche und tieferliegende geopolitische Grund für den rechtswidrigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine - ein Fakt, der bis heute im Westen („unprovoked war“) sehr ungerne eingeräumt wird, außer von Donald Trump, der genau diese NATO-Osterweiterungsambitionen um die Ukraine den Vorgängerregierungen unter Biden und Obama als kriegsauslösend anlastet. Und auch der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg räumte so ganz unfreiwillig im Rahmen einer wahrlich ungeschickten Argumentationskette [diesen Beweggrund Russlands ein](#):

„Hintergrund war, dass Präsident Putin im Herbst 2021 erklärte und tatsächlich einen Vertragsentwurf schickte, den sie von der NATO unterzeichnen lassen wollten, keine weitere NATO-Erweiterung zu versprechen. Das hat er uns geschickt. Und das war eine Voraussetzung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren. Das haben wir natürlich nicht unterschrieben.

(...) Er wollte, dass wir dieses Versprechen unterzeichnen und die NATO niemals erweitern. (...) Also zog er in den Krieg, um die NATO, noch mehr NATO, in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern.“

Mit der sichtbaren Abwendung Trumps von den europäischen Verbündeten im institutionellen NATO-Rahmen betritt nun ein neues Leitbild die Bühne: Von Lissabon bis Kiew. Dieses Leitbild setzt nicht mehr auf die USA, bleibt aber zugleich dem Antagonismus gegenüber Moskau verhaftet. Die Ukraine wird als unverhandelbarer Bestandteil dieses europäischen Leitbildes verstanden. Der „Beitritt der Ukraine ‚wäre ein strategisch wichtiger Schritt für die Sicherheit und mehr Wohlstand in Europa‘“, [zitiert die „Tagesschau“](#) Bundeskanzler Merz während des Besuchs Selenskyjs in Berlin Mitte April.

Die Ukraine mit der erfahrensten Kriegsarmee gegen Russland, die Ukraine mit enormen Bodenschätzen ist in den Augen führender EU-europäischer Politikentscheider ein zentraler Baustein für ein EU-Europa als relevanter Akteur in einer multipolaren Welt. Statt deutscher Ingenieurskunst mit russischen Bodenschätzen und menschlichen Ressourcen auf partnerschaftlicher Augenhöhe für ein gemeinsames Europa von Lissabon bis Wladiwostok steht deutsche Ingenieurskunst mit ukrainischen Bodenschätzen und menschlichen Ressourcen unter Brüssler und Berliner Führung für ein geteiltes Europa. Der jüngste Besuch Selenskyjs und die unterzeichneten Vereinbarungen zwischen der Ukraine und

Deutschland verkörpern exakt dieses Leitbild: Deutschland investiert massiv in die militärischen Fähigkeiten nicht nur seiner Armee, der Bundeswehr, sondern auch fortgesetzt in die ukrainischen Streitkräfte, um diese zu befähigen, sich weiterhin gegen Russland behaupten zu können. Im Gegenzug erhält Deutschland Zugang zu ukrainischen Ressourcen ([„Erklärung über eine strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und der Ukraine“](#)).

Dramatisch wachsende Spannungen mit Moskau

Diese Vereinbarungen, die eben auch die Produktion ukrainischer Waffen mit strategischer Reichweite unter anderem in Deutschland beinhalten, haben wiederum [die Russen erzürnt](#). Sie sehen diese Vereinbarungen als weiteren Schritt Europas in den Krieg und haben eine Liste von Unternehmen in Europa, darunter Deutschland, veröffentlicht, die sie [laut dem russischen Chefverbalrocker Medwedew](#), nebenbei auch stellvertretender Chef des russischen Sicherheitsrates, fortan als [„Liste potentieller Ziele“](#) betrachten.

Nach der Veröffentlichung dieser Liste wurde der russische Botschafter in Berlin in das Auswärtige Amt einbestellt, um ihm den deutschen Protest zu übermitteln:

„Direkte Drohungen Russlands gegen Ziele in Deutschland sind ein Versuch, unsere Unterstützung für die Ukraine zu schwächen und unsere Geschlossenheit zu testen.“ (x.com/i/status/2046227679305728291)

„Unsere Antwort ist klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Solche Drohungen und alle Arten von Spionageaktivitäten in Deutschland sind vollkommen inakzeptabel. Dazu wurde heute der russische Botschafter einbestellt.“ (x.com/i/status/2046227683382583304)

Der Chefverbalrabauke Medwedew wiederum poltert, die Europäer sollten sich der Absicherung durch die USA (Artikel 5 des NATO-Statuts) nicht mehr sicher sein, wenn sie den Weg der Eskalation mit Russland suchten:

Wird Artikel 5 des Washingtoner Vertrags tatsächlich funktionieren, und würden die Vereinigten Staaten im Falle eines Konflikts mit Russland Europa verteidigen?

Dies ist alles andere als eine triviale Frage, insbesondere angesichts der Tatsache, dass einige europäische Staats- und Regierungschefs die Situation aktiv anheizen. (x.com/i/status/2046550986404110750)

Fazit

All diese Äußerungen zeigen, wie ernst, wie angespannt die Lage inzwischen ist. Es sind Worte wie am Vorabend eines Krieges. Wir stehen ganz deutlich am Abgrund. Und wenn die Russen ihre bereits mehrfach nach hinten verschobenen [roten Linien](#) nun tatsächlich mit militärischen Mitteln gegen EU-europäische Staaten behaupten sollten, was dann? Dann stehen wir schlicht in einem offenen Krieg gegen die größte Atommacht der Welt. Diesen Krieg wird EU-Europa nicht gewinnen können, egal wie sehr EU-Europa Russland mit Blick auf die konventionellen Fähigkeiten überlegen sein mag, denn die konventionelle Kriegsführung würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in einen Nuklearschlag Russlands abrutschen – unabhängig, ob die USA dem Artikel 5 des NATO-Statuts nachkämen oder nicht. Dieser Krieg würde Europa zerstören. Und wenn uns eingeredet wird, die Russen würden nicht zur Atomwaffe greifen, dann ist das bestenfalls politische Inkompetenz und schlimmstenfalls eine bewusste Irreführung der europäischen Öffentlichkeit sowie ein Höchstmaß an Verantwortungslosigkeit der politischen Entscheider.

Politische Entscheidungen von solchem Ausmaß dürfen und können nicht ideologisch geprägte Entscheidungen sein, sondern müssen dem Prinzip der Verantwortungsethik folgen. Die europäischen Führungs- und Entscheidungseliten in Brüssel, Berlin, Paris, London und Moskau sind geradezu verpflichtet, einen europäischen Waffengang zu vermeiden, diplomatische Lösungen zu finden. „*Lieber 100 Stunden verhandeln als eine Minute schießen*“, so sagte es einst richtigerweise der ehemalige deutsche Kanzler Helmut Schmidt.

Mindestens aber muss der Weisheit Sun Tzus in Berlin und Brüssel gefolgt werden: Führe keinen Krieg, den Du nicht gewinnen kannst.

Titelbild: Shutterstock AI 